

Kleine Anfrage 55

des Abgeordneten Frank Bommert (CDU-Fraktion)

an die Landesregierung

Bürokratiekosten und Berichtspflichten im Land Brandenburg

Mit Blick auf die jüngsten Berichterstattungen in den Medien, wonach die Bürokratiekosten in Deutschland auf rund 146 Milliarden Euro jährlich angewachsen sind, stellt sich die Frage, wie stark diese Problematik auf Landesebene in Brandenburg ausgeprägt ist und welche Schritte zur Reduzierung der Bürokratie in der Landesverwaltung unternommen werden und zukünftig unternommen werden sollen. Eine Bestandsaufnahme des Jahres 2024 ist daher ein erster Schritt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Landesgesetze und Landesverordnungen sind mit Stand 30.09.2024 in Brandenburg in Kraft?
2. Wie qualifiziert und systematisiert die Landesregierung sogenannte Berichtspflichten (z.B. Unterscheidung zwischen Nachweispflicht, Dokumentationspflicht, Berichtspflicht, statistische Meldungen, etc.)?
3. Wie viele dieser Gesetze und Verordnungen enthalten eine Berichtspflicht? Welche Art von Berichtspflicht kommt - nach der vorigen Systematisierung - am häufigsten vor, welche am seltensten?
4. Wie viele der Gesetze und Verordnungen mit Berichtspflicht enthalten mehrere Berichtspflichten? Bitte aufschlüsseln nach Gesetzen, Verordnungen und der Anzahl von einer, einer bis drei, mehr als drei.
5. Hinsichtlich der betroffenen Akteure: Welche Akteursgruppe ist wie stark von Berichtspflichten betroffen? Bitte tabellarisch darstellen: Zeilen mit Akteursgruppen, z.B. Kommunen, Landkreise, Unternehmer, Verbände und Spalten mit der Anzahl der von ihnen geforderten Berichtspflichten nach der zuvor erstellten Systematisierung.
6. Wie hoch schätzt die Landesregierung die Bürokratiekosten aller Berichtspflichten für die vorgenannten Akteursgruppen im Jahr 2024?
7. Sofern zu den Bürokratiekosten für 2024 keine Schätzungen vorliegen; welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die tatsächlichen Kosten für das abgeschlossene Jahr 2023?

Eingegangen: 15.11.2024 / Ausgegeben: 15.11.2024

8. Sofern für das Jahr 2023 keine Erkenntnisse vorliegen; welche Schritte unternimmt die Landesregierung, um die tatsächlichen Bürokratiekosten für verschiedene Akteursgruppen in Erfahrung zu bringen bzw. welche Anreize und Kanäle schafft die Landesregierung, um Akteursgruppen zu ermutigen, die ihnen entstandenen Bürokratiekosten der Landesregierung mitzuteilen?
9. An welche Landesministerien und -behörden sind die verschiedenen Berichtspflichten, die in Frage 3 dargestellt worden sind, zu richten? Bitte aufschlüsseln nach Ministerium, Landesbehörde, Menge und Art der Berichtspflicht.
10. Wie viele der bestehenden Berichtspflichten müssen schriftlich erbracht, wie viele können digital erbracht werden? Bitte nach Art der Berichtspflicht aufschlüsseln.
11. Wie und unter welchen Umständen dürfen Landesministerien und -behörden Inhalte aus landeseigenen Berichtspflichten mit anderen Landesministerien und -behörden teilen? Ist dies für die geltenden verschiedenen Arten von Berichtspflichten quantifizierbar?
12. Wie viele Vorschläge zum Abbau, Erleichterung oder Vereinfachung von Berichtspflichten gingen seit 2019 beim Land Brandenburg ein und wie werden diese bearbeitet? Bitte nach Jahren aufschlüsseln.
13. Kann die Landesregierung das aktuelle Volumen der eingegangenen Daten und Dokumentationen quantifizieren, das aufgrund der Landesgesetze und Verordnungen erforderlich wurde (z.B. in Bezug auf die Menge an Aktenordnern, Quadratmetern Lagerfläche oder Terabyte an Daten)?
14. Kann die Landesregierung die Kosten quantifizieren, die dem Land durch die Verwaltung und Pflege dieses Daten- und Dokumentenbestandes jährlich entstehen? Wenn möglich, bitte jährlich aufschlüsseln für den Zeitraum seit dem Jahr 2019.
15. Welche Hürden und Möglichkeiten zur Reduzierung von landeseigenen Berichtspflichten sieht die Landesregierung?
16. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung zur Reduzierung von landeseigenen Berichtspflichten mittel- und langfristig?